

# 75 Jahre Niedersachsen – 75 Jahre Landesamt für Statistik

Das Land Niedersachsen feiert in diesem Jahr sein 75-jähriges Bestehen. Auch die Anfänge der amtlichen Statistik in Niedersachsen in der heutigen Form gehen auf das Jahr 1946 zurück: Am 4. Juli 1946 wurde per Erlass das „Amt für Landesplanung und Statistik“ gegründet. Dieses war zunächst allerdings nur für die preußische Provinz Hannover bzw. das Land Hannover zuständig und wurde erst nach der Gründung des Landes Niedersachsen im November 1946 zum „Niedersächsischen Amt für Landesplanung und Statistik“.

\*Vgl. Brüning, K.: Zur Geschichte des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, in: Hausnachrichten des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Jahrgang 1952, Nummer 4 (1952), S. 48.

Das LSN bzw. sein unmittelbarer Vorläufer sind damit sogar etwas älter als das Land Niedersachsen selbst. Statistik wurde hierzulande aber schon deutlich länger betrieben. Prof. Dr. Kurt Brüning hat die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Geschichte des Amtes bzw. der niedersächsischen Statistik 1952 in den damaligen „Hausnachrichten des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik“ ausführlich dargestellt\*. Wir drucken diesen Beitrag in zwei Teilen nach.

Die enthaltenen Abbildungen waren nicht Teil der Originalveröffentlichung. Wir danken den Rechteinhabern für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

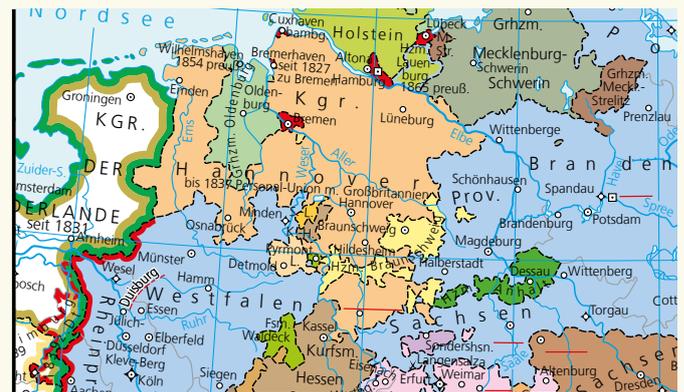
## Zur Geschichte des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik

Professor Dr. Kurt Brüning, Direktor des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik

### Der Anlaß zur Bildung eines Statistischen Amtes im 19. Jahrhundert

Die Mitte des 19. Jahrhunderts, in der die Geschichte des öffentlichen Statistischen Dienstes in Niedersachsen beginnt, ist die Zeit, in der sich die „industrielle Revolution“ auch in Niedersachsen bemerkbar macht. Die Tore des Industriezeitalters waren aufgestoßen. Dampfmaschine, Spinnmaschine, mechanischer Webstuhl, chemische und physikalische Entdeckungen und zahllose technische Erfindungen, verbunden mit Kohle, Eisen, Baumwolle und anderen neuen Roh- und Hilfsstoffen, zeigten bereits ihre Auswirkungen auf Volkswirtschaft und Bevölkerungsschichtung. Eine Erfindung leitete zur anderen über. Kurzum, das Industriezeitalter, wie wir es heute kennen, bereitete sich vor.

Das Königreich Hannover war damals Agrarland, es exportierte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch Getreide nach England, wenn auch in von Jahr zu Jahr abnehmenden Mengen. Nur etwa 1-2 % der Gesamtbevölkerung Hannovers waren in der Industrie (Fabriken) beschäftigt. Die vorhandene Industrie arbeitete ausschließlich für den inneren Bedarf des Königreichs, nur die Leinenmanufaktur arbeitete als einziger Gewerbezweig auch für den Außenhandel, sonst stellten nur noch Bergbau, Landwirtschaft und Forstwirtschaft Exportgüter bereit. Eine auf Kohle und Eisen aufgebaute Schwerindustrie von größerer Bedeutung gab es noch nicht. Die Eisenproduktion (je Kopf der Bevölkerung) betrug in Hannover 1/30 der Englands, 1/5 der Frankreichs, 1/3 der Preußens. Gegenüber Westeuropa oder dem Ruhrgebiet war Hannover und überhaupt Niedersachsen industriell noch unterentwickelt.



**Königreich Hannover von 1815 bis 1866**, © Putzger – Historischer Weltatlas, 105. Auflage, Kartenausgabe, Cornelsen Verlag, Berlin 2021, S. 142

Die Bevölkerung Hannovers, die um 1820 nur 1,5 Millionen betrug, hatte bis 1848 um über 20 % an Zahl zugenommen<sup>1)</sup>. Sie fand bei der bestehenden Wirtschaftsstruktur keine hinreichenden Existenzmöglichkeiten<sup>2)</sup>. Zwar wurden Moor- und Ödlandkultivierung und landwirtschaftliche Neusiedlung betrieben, doch genügten diese Maßnahmen bei weitem nicht für die Behebung der in weiten Teilen Hannovers vorhandenen ländlichen Übervölkerung. Zahlreiche Menschen mußten Verdienst im Ausland suchen; so erklärt sich einerseits die damals noch recht starke Hollandgängerei<sup>3)</sup>, die besonders aus den westlichen Landesteilen Jahr für Jahr eine große Zahl als landwirtschaftliche Sai-

- 1) Gustav Uelschen, Die Bevölkerung im Wirtschaftsgebiet Niedersachsen 1821-1939. Veröff. Prov. Inst. f. Landesplanung und Statistik, Reihe B, 3, Oldenburg 1942.
- 2) Eine eingehende Darstellung der Wirtschafts- und Sozialstruktur dieses Zeitabschnitts bringt H. Linde, das Königreich Hannover an der Schwelle des Industriezeitalters. Neues Archiv f. Nds., Heft 24, S. 413 ff.
- 3) W. Kleeberg, Hollandgänger und Heringsfänger; Neues Archiv für Niedersachsen, Bremen 1948, S. 193ff.

sonarbeiter nach Holland führte, andererseits die bedeutende Auswanderung nach Nordamerika, wo heute noch vielerorts Vereinigungen niedersächsischer Auswanderer oder niedersächsische Ortsnamen anzutreffen sind, die auf jene Zeiten zurückgehen<sup>4)</sup>. Der dritte für die Aufnahme überschüssiger Bevölkerung besonders wichtige Sektor, die Industrie, war durch die Zunftvorschriften und durch Fehlen der Freizügigkeit lange behindert gewesen. Doch nun regte sich überall unter dem Zauberstab der Technik neues Leben. Eisenbahnlinien wurden gebaut und verbanden bald die Landeshauptstadt Hannover mit Bremen, Minden, Harburg, Osnabrück und anderen Orten. Gewerbe und Fabriken entwickelten sich hier und dort, besonders aber in den verkehrlich erschlossenen Landesteilen, in den Verkehrsmittelpunkten und den Hauptstädten oder wo sonst große Kapitalien angehäuft waren oder günstige Standortvoraussetzungen reizten, wie z. B. längs der Eisenbahnlinien. Die Städte und Verkehrsknoten wuchsen, das platte Land blieb dagegen zurück<sup>5)</sup>. Der bestehende Verwaltungsapparat des Königreichs Hannover scheint dieser schnell und fast drohend vor sich gegangenen Entwicklung und den sich daraus ergebenden Wirtschaftsnotwendigkeiten nicht voll gewachsen gewesen zu sein. Er war nicht so modern und beweglich, als daß er sich der zunehmenden Industrialisierung und Technisierung, dem Einfluß der neuen Verkehrsmittel und der sich vollziehenden Strukturveränderung des Landes und seiner Bevölkerung hätte schnell anpassen können. Seine Verwaltung arbeitete nach herkömmlichen Doktrinen, unberührt von den Bedürfnissen der weiterschreitenden Zeit. Es fehlte vor allem auch an zuverlässiger und schneller Unterrichtung über die laufenden Veränderungen der Verhältnisse von Land und Leuten. Erst allmählich erkannte man die Bedeutung, die die Statistik als Helfer der Staatsregierung haben kann; denn nur sie vermag diejenige Übersicht über das Leben im Staat zu geben, die unter den früheren einfacheren Verhältnissen die verantwortlichen Staatsbeamten sich aus eigener Landeskenntnis und Anschauung verschaffen konnten<sup>6)</sup>.

## II. Stüve als Initiator des Hannoverschen Statistischen Bureaus

Da kam 1848 der Osnabrücker Verwaltungsbürgermeister Joh. Karl Bertram Stüve in das durch Bennigsen gebildete Märzkabinett und wurde Hannoverscher Minister des Innern. Er wußte um den Wert der Statistik für eine moderne Landesverwaltung; denn Preußen, Bayern und andere deutsche wie auch ausländische Staaten hatten schon seit längerer Zeit statistische Ämter<sup>7)</sup>. Er kannte vor allem auch die Bedeutung einer öffentlichen, vielseitigen und jedem zugänglichen Statistik, die ungeschminkt und durch Kanzleien oder Interessenten nicht beeinflußt den Bürger ebenso wie die verschiedenen Zweige der Staats-

verwaltung über Bevölkerung und Wirtschaft ihres Landes, über Steuern, Finanzen, Gewerbe, Landwirtschaft, Schulen u. a. unterrichten kann. Für Stüve bedeutete die im Auftrage und unter Aufsicht des Staates betriebene Statistik ein Gegengewicht gegen die hannoversche Verwaltungsbürokratie und zugleich ein Mittel zur Reform ihrer alteingespielten Praxis; ihm war sie ein Mittel, um die Bürokratie zu wirtschaftlichem und praktischem Denken zu erziehen und ihr dadurch zu ermöglichen, den Einzelfall als Wirklichkeit des Lebens im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu beurteilen und zu behandeln<sup>8)</sup>. Es ist klar, daß die Verwendung der Statistik zu diesem Zwecke eine einwandfreie und kritische Erhebung, Sammlung und Aufbereitung des anfallenden Urmaterials wie schließlich auch seine Verbreitung durch Drucklegung voraussetzte. Ebenso klar war aber auch, eine solche Aufgabe nicht durch die bestehenden Verwaltungsbehörden alten Stils geleistet werden konnte, sondern nur durch besonders dafür geschulte Beamte und Ämter<sup>9)</sup>.

So erfolgte auf seine Veranlassung die Einrichtung und Gestaltung des „Statistischen Bureaus des Königreichs Hannover“, zu dessen Leiter der Osnabrücker Hermann Abeken berufen wurde<sup>10)</sup>. Stüve betrachtete die Statistik nicht schematisch als eine unter vielen Staatsaufgaben, sondern er war von ihrer Bedeutung für die Reorganisation der hannoverschen Staatsverwaltung durchdrungen. Noch als Minister des Innern überwachte er die Vorbereitungen zu den statistischen Erhebungen und arbeitete die Manuskripte für die beabsichtigten Veröffentlichungen durch. Er kümmerte sich auch in späteren Jahren um die Entwicklung der hannoverschen Statistik.

Ebenso scheint übrigens auch der Königliche Hof für dieses Arbeitsgebiet sehr aufgeschlossen gewesen zu



**Johann Carl Bertram Stüve (1798-1872), J.U. & Ph.D.**  
Bürgermeister d. Stadt Osnabrück, 1852-1864, © Museumsquartier Osnabrück, A 5356

4) Vgl. Karte „Deutschtum im Ausland“, Blatt 161 des Atlas Niedersachsen, (Band II des deutschen Planungsatlas) von Kurt Brüning, Bremen 1950.

5) Vgl. Karten der Bevölkerungsentwicklung von Niedersachsen 1821-1946 (Blatt 28/29 im Atlas Niedersachsen, 1950), welche diese Entwicklung zur „Landflucht“ und zur „Urbanisierung“ für die Zeitabschnitte 1821, 1846, 1872, 1885, 1905, 1925, 1933-1939, 1946 zeigen.

6) Wegen des Widerwillens gegen die Statistik in Hannover vgl. Anm. 8.

7) Preußen seit 1805, Bayern seit 1808.

8) K. Stüve selbst gibt seine Ansichten darüber 1856 wieder im Vorwort zu H. Abekens nachgelassenem Werk: Der Eintritt der Türkei in die Europäische Politik des achtzehnten Jahrhunderts, von Hermann Abeken, ehem. Vorstand des statistischen Bureaus in Hannover, mit einem Vorwort von K. Stüve. Berlin 1856, Verlag von Wilhelm Hertz; darin auf S. VI ff.

9) K. Stüve. a. a. O., 1856, S. VII: pp: „Die Ungunst aber, mit der man die Statistik zu behandeln pflegte, hatte dies Sammeln und Ordnen der Tatsachen zu einem Geschäft für Subalterne gemacht, und von Einzelnen unter diesen war mit Fleiß und Liebe gearbeitet. Allein die Erfahrung lehrt, daß die Geschäfte in diesen Händen sehr leicht in bloßer Form erstarren. Wo geschaffen werden soll, wo eine frischere geistige Auffassung nötig ist, da reichen sie selten aus. Nun war aber unter den Staatsdienern von höherer Bildung kaum einer zu finden, der eine Beschäftigung dieser Art nicht unter seiner Stellung gehalten hätte. So geschah es, daß die Blicke auf Abeken fielen, der als gebildet, geistig regsam, zu Arbeiten dieser Art befähigt und in hohem Grade zuverlässig – in jener Zeit eine sehr schätzenswerte Eigenschaft – bekannt war.“

10) Vgl. Anmerkung 9, vorletzter und letzter Satz.

sein<sup>11)</sup>, wie überhaupt die Königliche Familie offensichtlich ein besonderes Interesse für landeskundliche Fragen geographisch-statistischen Inhalts gehabt hat; für die Erziehung der Prinzen und der Beamenschaft galt die Devise: „Die Kenntnis des Vaterlandes gehört der Ehre der Nation an“ (vgl. Anmerkung<sup>12)</sup>). Hermann Guthe, Verfasser des schönen landeskundlichen Werks „Die Lande Braunschweig und Hannover“<sup>13)</sup>, hatte seit Mai 1861 am Hofe die Aufgabe, dem Kronprinzen Ernst August, späterem Herzog von Cumberland, und den Prinzessinnen Friederike und Mary, vermutlich auch anderen Mitgliedern des Hofes, regelmäßig durch lange Jahre hindurch Unterricht über Landeskunde des Königreichs Hannover und des übrigen Niedersachsens zu erteilen. Er war durch seinen fesselnden und gründlichen Unterricht bekannt. 1863 wurde er zugleich auch Lehrer an der Kadettenanstalt<sup>14)</sup>. Alle diese Aufträge waren für ihn die Veranlassung, sich noch eingehender mit der Landeskunde des Königreichs zu beschäftigen, woraus schließlich 1867 sein schon erwähntes Werk entstand. Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch zu erwähnen, daß es in Hannover auch einen „Physiographen des Königreichs“ gab, den Hofrat, Ökonomierat und o. Professor für Forstwirtschaft in Göttingen Dr. G. F. W. Meyer (1782-1856), der durch Jahrzehnte hindurch die Funktion eines beratenden Landeskundlers der hannoverschen Regierung<sup>15)</sup> ausübte und gewissermaßen eine Art Landesplaner war.

### III. Die Gründung des Statistischen Bureaus und seine Arbeit bis 1866

Der Gründungsvorgang des Statistischen Bureaus des Königreichs Hannover ist zur Zeit nicht vollständig zu überblicken, nachdem die gesamten diesbezüglichen Akten einschließlich der Personalakten bei dem Bombenangriff auf Hannover am 9. Oktober 1943 im Hannov. Staatsarchiv verbrannt<sup>16)</sup>. Der Beschluß, ein „Statistisches Bureau für das Königreich Hannover“ zu bilden, wurde anscheinend bald nach Stüves Berufung zum Minister des Innern ge-

faßt, unmittelbar darauf, bereits im Juli 1848<sup>17)</sup>, erfolgte der Dienstantritt des ersten Vorstands des Statistischen Bureaus. Die eigentliche Konstituierung dieser Dienststelle als hannoversche Staatsbehörde scheint sich noch einige Zeit hingezogen zu haben, denn die erste amtliche statistische Veröffentlichung<sup>18)</sup> aus dem Jahre 1850 erwähnt das Bureau als solches noch nicht. Erstmalig wird es im Hannoverschen Hof- und Staatshandbuch 1851<sup>19)</sup> und seitdem regelmäßig aufgeführt. Während es vorher nur private Statistiken gab<sup>20)</sup>, beginnt nun eine amtliche Landesstatistik<sup>21)</sup>.

Die Arbeit des neuen Statistischen Bureaus war schwer, da die hannoversche Bürokratie einen tiefen Widerwillen gegen die statistische Behandlung öffentlicher Angelegenheiten und Verhältnisse hatte. Sie war bisher nicht daran gewöhnt, anderen Dienststellen zu berichten oder ihnen Einblick zu gewähren; sie pflegte ihre Entscheidungen nach herkömmlichen Gewohnheiten zu treffen<sup>22)</sup>. Trotz dieser Ungunst der Voraussetzungen wurde die Arbeit eifrig gefördert, und es erschien schon bald eine Reihe bemerkenswerter Veröffentlichungen<sup>18)</sup>. Das „Statistische Bureau“ wird im Hof- und Staatskalender 1851 als zum „Gesamt-Ministerium“ gehörig aufgeführt (was heute etwa der „Staatskanzlei oder auch der ehemaligen „Preussischen Staatsregierung“ entsprechen könnte) und hatte seinen Sitz im Hause der Landeskreditanstalt in der Calenberger Straße 31, Ecke Archivstraße, wo sich heute das Niedersächsische Ministerium des Innern befindet<sup>23)</sup>.

### IV. Die niedersächsische Statistik in der Zeit von 1866 bis 1928

Nach den Ereignissen von 1866, dem Untergang des Königreichs Hannover und der Bildung der preußischen Provinz Hannover, wurde auch das hannoversche Statistische

- 11) K. Stüve, a. a. O., 1856, S. IX: pp. „Seine verstorbenen Brüder hatten in früheren Jahren das Glück gehabt, von Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen, dem jetzigen Könige, gekannt zu sein. Die Güte, mit der dieser sich derselben erinnerte, brachte Abeken in Beziehungen zu dem hohen Herrn, und dessen brennender Eifer, sich von allem zu unterrichten, was die Verhältnisse des Landes angeht, fand in Abekens statistischen Arbeiten reichen Stoff zur Befriedigung. Abeken seiner Seits bestrebt sich nun um so mehr, die wichtigsten Verhältnisse zu veranschaulichen.“
- 12) Reichsfürst v. Stein: „Die Kenntnis der Örtlichkeit ist die Seele des Dienstes.“
- 13) Die Lande Braunschweig und Hannover, mit Rücksicht auf die Nachbargebiete geographisch dargestellt von Hermann Guthe, Dr. phil. Lehrer der Mineralogie und Mathematik an der polytechnischen Schule Hannover pp. Hannover, Klindworth's Verlag 1867.
- 14) Hierzu vgl.: Hermann Wagner, Zur Erinnerung an Hermann Guthe. In: Jahrbuch der Geograph. Gesellschaft zu Hannover f. d. Jahr 1928, S. 17 ff, herausgeg. von Kurt Brüning, Hannover 1928.
- 15) Georg Friedrich Wilhelm Meyer D., Königl. Großbrit. Hannöverscher Hofrath, Physiograph des Königreichs, und ordentlicher Professor an der Georg-Augusta-Universität zu Göttingen pp. Er war schon ab etwa 1820 tätig und ist auch im Hannov. Hof- und Staatshandbuch erwähnt. Er ist der Verfasser des großen Werks: „Flora des Königreichs Hannover oder Schilderung seiner Vegetation nach ihrem Gehalte an Gewächsen, deren Verbreitung und Verteilungszustand und deren geschichtlichem Verhalten, in Anwendung auf die Beförderung des Volkswohlstandes. Teil 1, 2: Begründender Teil, enthaltend eine Ansicht des Einflusses der Natur auf den Menschen und das volkswirtschaftliche Leben. 1842; Teil 3: Beschreibender Teil, enthaltend die vollständigen Naturbeschreibungen der im Königreich Hannover wild wachsenden und im freien Felde angebauten Gewächse. 1836-1854.; Teil 8: Angewandter Teil. Untersuchungen der einzelnen Vegetabilien und der Vegetationsverhältnisse des Königreichs in Anwendung auf die Erhöhung seiner Naturalproduktion und die Beförderung seines Gewerbesens.; Anlage Nr. 1: Beiträge zur chorographischen Kenntniss des Flußgebietes der Innerste in den Fürstentümern Grubenhagen und Hildesheim.
- 16) Nach frdl. Mitteilung von Herrn Staatsarchivdirektor Prof. Dr. Schnath, Hannover. Die Mitarbeiter unseres Amtes werden bemüht sein, die ältere Geschichte unseres Amtes durch gelegentliche Fortführung ergänzender Untersuchungen aufzuklären.

17) Vgl. K. Stüve, a. a. O. 1856, S. VII.

- 18) Sie hat folgendes Titelblatt (vgl. 2. Abteilung usw.): Zur Statistik des Königreichs Hannover: Erstes Heft: Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr im Steuerverein vom 1. Juli 1844 bis 1. Juli 1848 (75 Seiten im Folioformat). Schrift und Druck von Fr. Culemann, Hannover 1850. (Vorwort datiert vom Januar 1850.) Das zweite Heft ist betitelt: Zur Agrarstatistik. Erste Mittheilung. Aufnahmen aus den Jahren 1831 und 1832. Schrift und Druck von Fr. Culemann, Hannover 1851. Im Vorwort, datiert April 1851, ist H. Abeken erstmals als „Vorstand des Statistischen Bureau“ bezeichnet. Im Vorwort zum dritten Heft, September 1853, erscheint H. Abekens Name zum letztenmal. Das vierte Heft vom November 1855 ist bereits von C. Sewelo, Vorstand des Statistischen Bureaus, unterzeichnet. Abeken ist in der Nacht vom 25./26. April 1854 gestorben. Insgesamt erschienen bis 1867 von dieser Publikationsreihe 13 Hefte; auch wurde 1865-1867 eine Statistische Zeitschrift für Hannover herausgegeben. Über die ersten Veröffentlichungen erwähnt K. Stüve in seinem schon mehrfach angezogenen Vorwort, das zugleich ein Nachwort für den allzu früh Verstorbenen war (a. a. O. 1856, S. VIII).
- 19) „Hof- und Staatshandbuch für das Königreich Hannover auf das Jahr 1851“. Hannover Berenbergsche Buchdruckerei, 1851. S. 87.
- 20) Wegen der älteren privaten Statistik Hannovers vgl. H. J. Malecki, Neues Archiv f. Nds., Heft 24, S. 367 ff., C. Zill, desgl. S. 372 ff., K. Behrends, desgl. S. 380 ff.
- 21) Näheres siehe die Aufsätze im Neuen Archiv f. Nds., Heft 24, von Linde, S. 413 ff., Malecki, S. 367 ff., Zill, S. 372 ff.
- 22) K. Stüve, a. a. O., 1856, S. VII: „Die Aufgabe war schwer. In den Acten lag Stoff in Menge. Es ist ja das Schicksal unserer Registraturen, daß in ihnen die Acten von dauerndem Werthe für den vorübergehenden Erscheinungen des Tages so überwuchert werden, daß sie zu einer völlig verlorenen tothen Masse werden. Aber für den mit den Geschäften wenig bekannten war es keine geringe Mühe, sich nun auch erst im Rohen zu orientieren. Zu Gehülphen konnten ihm zu jener Zeit nur Leute von geringer Fähigkeit gegeben werden, deren Arbeiten sich nur zu oft als völlig unzuverlässig erwiesen. Dazu kam, daß sich bald unter denen, die ihm zunächst das Material zu liefern hatten, eine gewisse Ungunst gegen das neue Institut entwickelte. Es zeigte sich, daß dieses neue Bearbeiten eines bisher in völlig feststehender Form behandelten Materials durch fremde Hand und in freierer Weise mancherlei Mängel ans Licht zog. Dadurch gewann zwar das neue Institut für die Regierung entscheidend an Werth; allein die, welche bisher gewohnt gewesen waren, die Geschäfte ohne alle fremde Einwirkung im einmal hergebrachten Ganzen zu betreiben, und die sich darin eine gewisse Geltung erworben hatten, sahen das nicht gern und erschwerten nicht selten die Gewinnung des Stoffes.“
- 23) Eingehend dargestellt von C. Zill, Neues Archiv f. Nds., Heft 24, S. 372 ff.

Bureau liquidiert<sup>24)</sup>. Die amtlichen statistischen Erhebungen der neuen Provinz Hannover wurden nunmehr durch das Preußische Statistische Landesamt Berlin wahrgenommen. Ein eigener öffentlicher statistischer Erhebungsdienst für den Bereich des bisherigen Königreichs Hannover hörte damit auf; ein zentrales statistisches Büro gab es ebenfalls nicht mehr, denn die Stadt- und Landkreise Preußens – und damit auch Hannovers – berichteten direkt nach Berlin an das Preußische Statistische Landesamt.

Über die hannoversche öffentliche Statistik in den Jahren 1868-1928 ist nicht viel zu sagen. Es war niemand im Lande, der sich sonderlich um sie gekümmert oder um ihre Entwicklung bemüht hätte. Eigentliche Landesbehörden gab es ja nicht; ebensowenig interessierten sich die Wirtschaft oder andere Zweige der Öffentlichkeit dafür. Zahlreiche Veröffentlichungen über Land und Leute in der Provinz Hannover waren zwar von großer Heimatliebe getragen, vermochten aber keine systematische und zuverlässige landeskundliche Auskunft über die Entwicklung Hannovers zu geben<sup>25)</sup>. Wie auf vielen anderen Gebieten des bodenständigen Lebens im hannoverschen Land, so trat auch auf dem Gebiete der Statistik und der wissenschaftlichen Landeskunde nach 1866 eine Lethargie ein; wegen der Opposition zu Preußen ließen große Teile der hannoverschen führenden Bevölkerungsschichten ihre Söhne in bayerische, sächsische, österreichische oder oldenburgische Dienste treten, wodurch das alte bodenständige Element im öffentlichen und kulturellen Leben Hannovers erheblich zurücktrat. Auch auf das Arbeitsgebiet der Statistik scheint sich das ausgewirkt zu haben, es ist uns jedenfalls keine Stimme bekannt geworden, die in der Zeit von 1866 bis 1928 die Einrichtung einer eigenen Landesstatistik für Hannover gefordert hätte.

In nicht preußisch gewordenen Teilen Niedersachsens wurde die öffentliche Statistik durch die bestehenden Landesämter weitergeführt. In Braunschweig<sup>26)</sup> bestand das Braunschweigische Statistische Büro, das am 1. Januar 1854 gegründet und nach Fühlungnahme mit dem hannoverschen Büro eingerichtet wurde. Die Leitung wurde dem Amtsrichter Rhamm übertragen, der ein sehr umfassendes Arbeitsprogramm vorlegte.

Das Oldenburger Statistische Büro<sup>27)</sup> war wiederum ein Jahr später, im Januar 1855, ins Leben gerufen; seine Leitung erhielt der Hauptmann a. D. Karl Becker. Dem Oldenburger Büro wurde eine besondere Auszeichnung dadurch zuteil, daß Becker 1872 als erster Direktor des Kaiserlich Statistischen Amtes in Berlin berufen wurde. Schaumburg-Lippe<sup>28)</sup> hat eine besondere statistische Behörde nicht errichtet, die Statistik wurde hier unmittelbar von der Landesregierung und ihren nachge-

ordneten Verwaltungsstellen wahrgenommen.

## V. Die Wiederbelebung der niedersächsischen Statistik und Landeskunde 1928

Der Wiederbeginn einer eigenen amtlichen statistischen Erhebungstätigkeit in der Provinz Hannover wurde 1928 mit der Belegung der wissenschaftlichen Landeskunde eingeleitet und kam 1945 endgültig zum Tragen. In der weiteren Entwicklung sind dabei die drei Arbeitsgebiete Landeskunde, Landesplanung und Statistik zu unterscheiden.

Die Entwicklung beginnt mit dem 22. März 1928. An diesem Tage beschloß der Hannoversche Landtag auf Antrag der Abgeordneten Bratke, Dr. Delius, Hagemann, Kleine, Dr. Rißmüller einstimmig: „Das Landesdirektorium wird ersucht, zum nächsten Etat Material darüber beizubringen, welche wirtschafts- und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse für das niedersächsische Wirtschaftsgebiet durch das Vorhandensein der Ländergrenzen bestehen. Es ist ferner zu prüfen, in welcher Weise die Folgen der staatlichen Zerrissenheit des niedersächsischen Wirtschaftsgebietes beseitigt werden können. Das Material ist in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft in Form einer Denkschrift zusammenzustellen und dem Provinzial-Landtag vorzulegen.“

Bemerkenswert ist die Aussprache im Landtag, die zu diesem Beschluß führte. Abgeordneter Dr. Delius, Oberbürgermeister von Wesermünde, prägte das Wort: „Man muß erst wissen, wo das Übel liegt, wenn man Heilungsvorschläge machen will.“ Abgeordneter Dr. Rißmüller, Oberbürgermeister von Osnabrück, formulierte den gleichen Gedanken mit den Worten: „Wir müssen zunächst einmal Material zusammentragen und sehen, wo der Schuh drückt, dann werden wir aus den vielen einzelnen Stücken ein Gesamtbild erhalten, das uns eine Übersicht gibt, wo es fehlt und wo angesetzt werden muß.“

Insgesamt besagen diese Äußerungen, daß man Verwal-



**Dr. Walter Delius (1884-1945)**  
Oberbürgermeister Wesermünde,  
1924-1945, © Stadtarchiv Bremerhaven



**Dr. Julius Rißmüller (1863-1933)**  
Oberbürgermeister von Osnabrück,  
© Museumsquartier Osnabrück, E 2269

24) Endgültig aufgelöst i. J. 1868. Die letzten statistischen Veröffentlichungen erschienen 1867.

25) Das unter Anm. 13 erwähnte Werk von Hermann Guthe, „Die Lande Braunschweig und Hannover“, erschien 1888 in Neubearbeitung von A. Renner, brachte aber trotz vermehrten Umfangs keine so geschlossene Darstellung wie die Erstausgabe von Guthe. Eine Übersicht über die landeskundliche Literatur dieser Zeit soll später an dieser Stelle zu geben versucht werden.

26) Vgl. C. Zill, Neues Archiv f. Nds., Heft 24, S. 372 ff. sowie K. Behrens, S. 380 ff.

27) Desgl. R. Hamann, Neues Archiv f. Nds., Heft 24, S. 388 ff.

28) Desgl. Naujoks, Neues Archiv f. Nds., Heft 24, S. 391.

tungsmaßnahmen erst nach gründlicher Untersuchung der bestehenden Verhältnisse einleiten soll, d. h. daß man erst eine landeskundlich-statistische Raumbestandsaufnahme durchführen und anschließend einen Plan aufstellen soll damit erkannte Mißstände überwunden werden können. Dem im weiteren Verlauf der Gesamtentwicklung gebildeten „Niedersächsischen Amt für Landesplanung und Statistik“ war damit die Richtlinie gegeben, nach der es seine Arbeit entwickelt hat und heute durchführt. Die drei Hauptarbeitsgebiete des Amtes: Landeskunde, Statistik und Landesplanung waren dadurch vorgezeichnet; sie sind in den folgenden Abschnitten und in den übrigen Aufsätzen dieses Heftes behandelt.

## VI. Die Landeskunde im Rahmen unserer Dienststelle

Es sei zunächst etwas ausführlicher auf die landeskundliche Arbeit als dem Ausgangspunkt für die Entwicklung zum Niedersächsischen Amt für Landesplanung und Statistik im letzten Vierteljahrhundert hingewiesen. Die landeskundliche Arbeit, die in Verfolg des Landtagsbeschlusses von 1928 im Schoße des „Landesdirektoriums der Provinz Hannover“ einsetzte, hatte als erstes Ergebnis die beiden Denkschriften zur Reichsreform<sup>29)</sup>. Diese regten zu lebhafter Erörterung der Fragen der Verwaltungsreform innerhalb und außerhalb Niedersachsens an und fanden auch im Auslande Widerhall, wo ähnliche Fragen brennend sind. Die Denkschriften begnügten sich mit der Feststellung der durch die territoriale Zersplitterung in Niedersachsen entstandenen Zustände, insbesondere ihre nachteiligen Auswirkungen auf Wirtschaft, Verkehr und Verwaltung. Sie sind eingehend an vielen Beispielen dargestellt. Sie befolgten wiederum den Grundsatz, daß erst die genaue Landeskennntnis, wie sie eine unvoreingenommene Forschung vermittelt, Grundlage für mehr oder weniger entscheidende Änderungsvorschläge sein kann<sup>30)</sup>. Nachdem sich erwiesen hatte, daß landeskundliche Untersuchungen für die Provinzialverwaltung von Nutzen waren, beschloß der Landtag 1930 endgültig die Etatisierung der Dienststelle im laufenden Haushaltsplan, und zwar unter der Bezeichnung „Archiv für Landeskunde und Statistik der Provinz Hannover“.

In den folgenden Jahren wurde es bei den verschiedenen Abteilungen des Landesdirektoriums üblich, landeskundliches Material zu verwenden und Einzelmaßnahmen auch von der landeskundlichen Gesamtschau her zu beurteilen. So ergaben sich aus der Zusammenarbeit mit den technischen, wirtschaftlichen, juristischen und administrativen Ressorts viele Anregungen für die landeskundlichen Arbeiten, die schließlich auch zur Erstellung großer Kartenwerke im Sinne einer Landesinventur führten<sup>31)</sup>. Grundsatz war, nur solche Untersuchungen durchzuführen, die in der Verwaltungspraxis benötigt werden, aber von anderen Insti-

tutionen bislang nicht betrieben wurden. So war z. B. die bodenkundliche Kartierung für Landesplanungszwecke in eigener Regie notwendig, da sie von der Preußischen Geologischen Landesanstalt nicht geliefert werden konnte.

Die Zusammenarbeit mit der *Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V.* war im Sinne des Landtagsbeschlusses von 1928 eng ausgestaltet und besteht auch heute noch. Sie stellt einen wichtigen Faktor für die landeskundliche Gesamtarbeit dar<sup>32)</sup>. Später schloß sich auch der Niedersächsische Heimatbund e. V. (Spitzenverband der Heimatvereine in Niedersachsen und zugleich Mitglied im Deutschen Bund Heimatschutz) der Zusammenarbeit an, wenigstens soweit es sich um die wissenschaftliche Heimatkunde handelt. Die damit einsetzende neuere Entwicklung des Heimatbundes, insbesondere seine Wiederbelebung 1928/1933 ist eng mit der Arbeit des Archivs für Landeskunde und Statistik verbunden. Die Zusammenarbeit hat sich stets als für beide Teile förderlich erwiesen und wurde nach 1945 wieder angebahnt. In Verfolg dieser Zusammenarbeit gelang es auch, die alte Heimatzeitschrift „Niedersachsen“, die dem Untergang geweiht war, von einem Bremer Verlag mit allen Rechten und Beständen zu erwerben und seitdem in Hannover unter der Obhut des Niedersächsischen Heimatbundes weiterzuführen<sup>33)</sup>. Das Ergebnis der gemeinsamen landeskundlichen Arbeiten ist auch in den landeskundlichen Veröffentlichungen (vgl. Abschnitt X, S.50 f.) sichtbar.

Die Landeskunde als Zweig der Arbeiten des heutigen Amtes stellt eine freiwillige Verwaltungsaufgabe dar ohne besondere gesetzliche Grundlage. Sie fußt noch auf den Beschlüssen des 64. und 66. Hannoverschen Provinziallandtages, im übrigen auf (Verwaltungs-) Anordnungen der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums des Innern. Sie hat – wie bei der Gründung 1928 so auch heute – die Aufgabe, sich gutachtend oder beratend durch wissenschaftliche Analyse und Synthese den Aufgaben der Verwaltung zu widmen. Sie ist bewußt auf angewandte Forschung ausgerichtet und soll die raumbezogenen Grundlagen für Maßnahmen der Landesverwaltung und der Landesplanung zum Zwecke optimaler Leistungen von Land und Leuten klären. Ihr Gedankengut wird von den anderen Abteilungen unseres Amtes in die Praxis umgesetzt, so daß die „Abteilung Landeskunde“ selbst heute sehr klein sein kann.

Die Landeskunde hat mithin nach 1945 eine andere Bedeutung als vorher. Während sie in den ersten 1 ½ Jahrzehnten nach 1928 den eigentlichen Inhalt unserer Dienststelle darstellte, wurde nunmehr ihre Arbeitsmethode vor allem von der Landesplanung übernommen. Insofern trat sie in ihren eigenen Schatten zurück; landeskundliche Arbeit im engeren Sinne wurde nur noch in besonderen Fällen ergänzend notwendig, insbesondere hinsichtlich allgemeiner grundlegender Fragen oder in bezug auf Gutachten; verschiedene Aufgabengebiete kamen ganz in Wegfall, z. B.

29) Kurt Brüning, *Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches*. Denkschrift für den hannoverschen 64. und 66. Provinziallandtag. Band I, Hannover 1929, Band II, Hannover 1931.

30) In den Denkschriften selbst wird vermieden, bestimmte Vorschläge für die Abgrenzung eines Landes Niedersachsens oder für seine innere Verwaltungsgliederung zu machen.

31) Atlanten über Bodenkunde, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Klima, Lagerstätten und Gesteine, über Verwaltungsgliederung sowie Generalübersichten über Land und Leute. Atlas Niedersachsen.

32) Vgl. auch Malecki, H. J. *Vom Wesen der Statistik*. Festschrift für K. Brüning, Heft 7/8 des Neuen Archivs für Landes- und Volkskunde von Niedersachsen; Bremen 1948, S. 375 ff.

33) *Niedersachsen. Zeitschrift für Heimat und Kultur*. 51. Jg. 1951.

die Volkskunde, nachdem sich im Laufe der Jahre erwiesen hatte, daß der Aufbau einer landeskundlichen Volkskunde im Rahmen des Amtes nicht erforderlich ist<sup>34)</sup>.

Zu den schönen Ergebnissen landeskundlicher Arbeit zählen u. a. die Gutachten, die das Amt 1945/46 zu den Fragen der administrativen Neugliederung Westdeutschlands zu erstatten hatte. Aus den Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten Kopf wie auch des damaligen Militärgouverneurs Robertson wurde ersichtlich, daß besonders das 1946 erstattete Gutachten<sup>35)</sup> die Grundlage für die Entscheidungen der britischen Militärregierung gebildet hat, die – diesmal in Übereinstimmung mit den deutschen Behörden – im gleichen Jahre (1946) zur Abgrenzung der Länder in der britischen Besatzungszone führten. Es handelt sich im Kernstück um die Bildung eines neuen Landes Niedersachsen durch Vereinigung von Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe sowie um die Erhaltung eines zunächst selbständigen Landes Schleswig-Holstein und die Erhaltung der Hansestädte Bremen und Hamburg als Stadtstaaten in ihrer bisherigen Form<sup>36)</sup>.

## VII. Das Göttinger Institut als Glied des „Archivs für Landeskunde und Statistik“

Einem seit 1930 gehegten Wunsch des Universitätsbundes<sup>37)</sup> nach Herstellung eines engeren Kontaktes der Landesuniversität mit den Vorgängen im Lande und den Aufgaben der Landesverwaltung wurde 1937 dadurch entsprochen, daß zwar nicht, wie vom Universitätsbund beantragt, die Überführung des gesamten „Archivs für Landeskunde und Statistik“ der hannoverschen Provinzialverwaltung als Universitätsinstitut nach Göttingen erfolgte, sondern das „Institut für Landesplanung und für niedersächsische Landeskunde“ als Sonderabteilung des Archivs für Landeskunde und Statistik, Hannover, (jetzt Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik) anlässlich des 200jährigen Bestehens der Landesuniversität Göttingen von der hannoverschen Provinzialverwaltung zum Geschenk gemacht wurde. Oberpräsident und Landesdirektorium der Provinz Hannover hatten den Antrag auf Gesamtüberführung des Archivs mit der Begründung abgelehnt, daß sie sich an die Mitarbeit eines landeskundlichen Instituts bei ihren Verwaltungsaufgaben in Hannover bereits zu sehr gewöhnt hätten.

In der Errichtung eines Zweiginstituts in Göttingen wurde der für beide Teile, Landesverwaltung und Landesuniversität, die auch gemeinsam die Träger des Institutes sind, glückliche Ausweg gefunden. Das Institut soll sich der Aufgabe widmen, die Verbindung zwischen der Nieder-

sächsischen Landesverwaltung und dem akademischen Nachwuchs der Landesuniversität, insbesondere auf den Gebieten der Landesplanung und Landeskunde zu pflegen. Die Unterbringung im „Reitstall“, dem ältesten, fast 200jährigen Institutsbau der Universität, sollte nach dem Wunsch des Universitätsbundes auch äußerlich die traditionelle Verbundenheit betonen, die in früheren Generationen bereits zwischen Landesverwaltung und Landesuniversität bestand. Das Institut soll allen Studenten, die später draußen in den Landgemeinden, Klein- und Mittelstädten Niedersachsens etwa als Ärzte, Rechtsanwälte, Pastoren, Volkswirte, Lehrer oder Verwaltungsbeamte tätig sind, Gelegenheit zur Beschäftigung mit Fragen der Landesentwicklung geben, wofür der Universitätsbund fest umrissene Vorschläge machte, die grundsätzlich von der Landesverwaltung anerkannt wurden. Weitere Aufgabe des Instituts soll die theoretische und praktische Berufsausbildung der Landesplaner sein, die im Benehmen mit allen deutschen Ländern erfolgt und etwa mit dem Ausbildungsgang für Regierungs-, Berg-, Forst- und Studienreferendare vergleichbar ist. Von all diesen Absichten konnten bislang nur Teile verwirklicht werden, insbesondere deshalb, weil es den Mitarbeitern des Hauptinstituts Hannover (jetzt Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik) an Zeit fehlt, um neben den Amtspflichten in Hannover auch die Göttinger Arbeit in vollem Umfange wahrzunehmen und die Arbeitserfahrungen der praktischen Landeskunde, Statistik und Landesplanung, wie sie im Amt in Hannover zusammenlaufen, im Wege des akademischen Unterrichts dem wissenschaftlichen Nachwuchs zu vermitteln.

## VIII. Die Landesplanung

Die dem Archiv für Landeskunde und Statistik vom Landtag 1928 mit auf den Weg gegebene Richtlinie „Erst prüfen, wo das Übel liegt, und dann Heilungsvorschläge machen“, war bestimmend für die gedankliche Einstellung bei den gesamten Arbeiten auf eine die Bedürfnisse der zukünftigen Landesentwicklung berücksichtigende Landesforschung; sie führte damit in gerader Linie zur heutigen Landesplanung hin, deren Leitmotiv ebenfalls ist: Erst die Struktur des Landes und deren Mißstände kennenlernen, dann darauf den Plan für die räumliche Ordnung und Gesundung des Landes aufbauen!

Nach dem verlorenen Kriege 1914-1918 mußten sich die preußischen Provinzialverbände einzeln und in ihrer Gesamtheit bei den Arbeiten des Wiederaufbaues bzw. des Neubaus der Wirtschaft und der Siedlungen und bei dem Ausgleich der Kriegsschäden an Wirtschaft und Bevölkerung aktiv einschalten. War das für die Rheinprovinz und die Provinz Westfalen wegen der Industriegebiete an Rhein und Ruhr oder für die Provinz Sachsen wegen des mitteldeutschen Braunkohlengebietes oder für Brandenburg wegen der Auswirkungen Berlins selbstverständlich, so konnte sich auch die Provinz Hannover dem schließlich nicht entziehen, setzte doch auch im Umkreise von Bremen und Hamburg eine schnelle industrielle und Siedlungs-Entwicklung ein, die die Gefahr größter Unordnung in der Verteilung der Flächen für Siedlungen, Fabriken, Verkehrsbänder,

34) Vgl. Arbeitsbericht der Abt. VII, Neues Archiv f. Nds., Heft 24, S.360 ff.

35) Kurt Brüning, Niedersachsen als einheitlicher Natur- und Wirtschaftsraum (Teil I) in der Denkschrift: The Land of Nethersaxony – Das Land Niedersachsen. Als Gutachten dem Zonenbeirat für die Britische Besatzungszone am 17. 9. 1946 vorgelegt. Hannover, September 1946. Darin ferner: U. Scheuner, Das „Land Niedersachsen“ als Glied eines deutschen Bundesstaates. E. Wagemann, Rationale Gebietsgestaltung.

36) Es konnte zur Zeit der Abfassung dieses Gutachtens nicht damit gerechnet werden, daß Bremen sich anschließend von dem kurz vorher gebildeten Lande Niedersachsen unter dem Schutz der amerikanischen Besatzungsbehörde das steuerkräftige Gebiet der Großstadt Wesermünde übertragen ließ, ohne daß für Niedersachsen irgendein Ausgleich erfolgte oder sonstwie den Raumbezogenheiten entsprochen wurde.

37) Der eigentliche Anreger und Sprecher dieser Absicht war seit 1930 der Universitätsbund Göttingen, vertreten durch den Vorsitzenden Prof. Dr. Brandl und den Universitätskurator Dr. Valentiner.

Landwirtschaft, Gartenbau und Erholungsflächen mit sich brachte. Das Archiv für Landeskunde und Statistik wurde schon 1930 beauftragt, sich dieser Dinge für die Provinz Hannover anzunehmen und errichtete zu diesem Zweck u. a. auch landeskundliche Auskunftsstellen in einigen Regierungsbezirken, aus denen später einige der heutigen Bezirksstellen der Landesplanung hervorgingen. Am 4. Mai 1935 erließ der Oberpräsident Hannover (Verwaltung des Provinzialverbandes) eine Verfügung, wonach dem Archiv für Landeskunde und Statistik auch „die Bearbeitung der Landesplanung obliegt, soweit sie in das Aufgabengebiet der Provinzialverwaltung fällt“.

Mit dem Gesetz über Regelung des Landbedarfs der öffentlichen Hand (1935) und den ergänzenden Verordnungen wurde die Landesplanung für das gesamte Reichsgebiet gesetzlich geregelt, während sie bisher eine freiwillige Maßnahme für bestimmte Landesteile war und die dazwischenliegenden, meist agrarischen Landesteile, nicht einbezogen waren. Es kam zur Bildung der „Landesplanungsgemeinschaft Hannover-Braunschweig“, die eine Art Selbstverwaltungskörperschaft war und zu 24,5 % von Provinzialverwaltung, Stadt- und Landkreisen und zu 51 % vom Reiche dotiert wurde. Die ursprüngliche Anordnung der Berliner Zentralstelle (Reichsstelle für Raumordnung) hatte 1935 die Zusammenfassung ganz Niedersachsens in einer gemeinsamen Landesplanungsgemeinschaft Hannover-Braunschweig-Oldenburg unter Einbeziehung von Bremen vorgesehen. Die Umstände, die schon bald darauf zur Aufhebung dieser für Niedersachsen so wichtigen Anordnung führten, sind hier nicht zu erörtern.

Die organisatorischen Arbeiten zum Aufbau der „Landesplanungsgemeinschaft Hannover-Braunschweig“ erfolgten durch das vom Oberpräsidenten damit beauftragte „Archiv für Landeskunde und Statistik“, das bald danach die Bezeichnung „Abteilung Landesplanung und Landeskunde des Oberpräsidenten der Provinz Hannover (Verwaltung des Provinzialverbandes)“ erhielt. Die Landesplanungsgemeinschaft Hannover-Braunschweig war in ihrer Arbeit und ihrer räumlichen Unterbringung von Anfang an mit der Abteilung Landesplanung-Landeskunde der Provinzialverwaltung Hannover verbunden und blieb es auch bis 1945. So erfolgte auch die Bereitstellung des gesamten wissenschaftlichen Materials zur Landeskunde und Raum-

forschung<sup>38)</sup> durch die Abteilung Landesplanung-Landeskunde der Provinzialverwaltung. Die enge Verbundenheit der Landesplanungsgemeinschaft Hannover-Braunschweig mit der Provinzialverwaltung Hannover kam auch in der Personalbesetzung zum Ausdruck: ein großer Teil des Personals der Landesplanungsgemeinschaft waren beurlaubte oder abgeordnete Provinzialbeamte.

Bei Kriegsende waren fast alle leitenden Mitarbeiter der Landesplanungsgemeinschaft und ihrer 7 Bezirksplanungsstellen Provinzialbeamte auf Lebenszeit. Vom Landesplaner abgesehen, der in Personalunion beide Stellen leitete, waren es: 1 Oberbaurat, 6 Provinzialverwaltungsräte, 6 Provinzialbauräte, 1 technischer Oberinspektor, 2 Landesinspektoren und weitere Kräfte des Büro- und technischen Dienstes. Es entsprach daher den wirklichen Verhältnissen, daß 1945 nach Wegfall der Reichsbehörden und aller vom Reich getragenen Einrichtungen Landesplanung und Landeskunde in einer neuen gemeinsamen Behörde, zunächst der Provinzialverwaltung Hannover<sup>39)</sup>, dann 1946 der Landesverwaltung Hannover und schließlich im November 1946 der niedersächsischen Landesverwaltung, und zwar abschließend zum heutigen „Niedersächsischen Amt für Landesplanung und Statistik“, zusammengefaßt wurden. Durch diese Entwicklung aus der wissenschaftlichen Landeskunde hat die niedersächsische Landesplanung ihre typische Eigenart erhalten.

Dem durch neue Gesetze und Verordnungen unterbauten und ausgeweiteten Aufgabenbereich der Landesplanung<sup>40)</sup> und der systematisch weiter entwickelten Arbeitsmethode ist es zu verdanken, daß die Landesplanungsarbeit heute eine bedeutend größere Reichweite hat als vor 1945.

**Fortsetzung folgt.**

38) Der Ausdruck „Raumforschung“ bürgerte sich ab 1935 zunehmend ein, um eine in die Zukunft gerichtete Arbeitsweise einer auf die Landesentwicklung und Landesplanung abgestellten Raumkunde (= Landeskunde) zu bezeichnen.

39) Das „Archiv für Landeskunde und Statistik“ mußte im Zuge von Organisationsänderungen der Provinzialverwaltung mehrfach seinen Namen ändern. So hieß es ab Kriegsbeginn „Abteilung für Landesplanung und Landeskunde des Oberpräsidenten der Provinz Hannover (Verwaltung des Provinzialverbandes)“, ab September 1945 „Abteilung für Landesplanung und Statistik des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Verwaltung des Provinzialverbandes“; am 1. Februar 1946 erhielt es die Bezeichnung „Amt für Landesplanung und Statistik“ des Oberpräsidenten der Provinz Hannover (Verwaltung des Provinzialverbandes) bis nach Auflösung des Hannoverschen Provinzialverbandes durch einen erweiterten Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Hannover vom 4. Juli 1946 das „Amt für Landesplanung und Statistik“ gebildet wurde, welches nach Bildung des Landes Niedersachsen 1946 dann schließlich die heutige Bezeichnung „Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik“ erhielt.

40) Über Aufgaben, Arbeitsverfahren und gesetzliche Grundlagen der Landesplanung heute vgl. den Arbeitsbericht der Abteilung II (Landesplanung) von H. Kraus und H. Meffert, Neues Archiv f. Nds., Heft 24, S. 324 ff.